

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1922

269 (17.11.1922)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Durlach.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertage ausgenommen.
Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich
monatlich 175.— Mark, Einzelnummer und Belegblatt 7.— Mark.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstraße 6
Fernsprecher 204.



Preis für die feingepaltene Millimeterzeile 3 M., Reklamemil-
limeterzeile 15 Mark. Es muß der Anzeigen-Aufnahme tags zuvor nach-
mittags 4 Uhr, für dringliche Familien-Anzeigen am Erscheinungstag
1/2 Uhr vormittags. Kleine Anzeigen sind sofort zu bezahlen. Für
Blattvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr über-
nommen werden. Im Fall höherer Gewalt hat der Bezahler keine
Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 269

Freitag den 17. November 1922.

93. Jahrgang.

Kurze Tagesübersicht.

Die Lösung der Regierungskrise steht bevor. Reichs-
präsident Ebert hat den Geheimrat Cuno von der
Hamburg-Amerikanische mit der Kabinettsbildung be-
auftragt.

Der deutsche Reichstag verhandelte über die Not
der deutschen Wissenschaft.

Auf 1. Dezember steht eine neue Erhöhung der
Gütertarife bevor.

In England fanden am Mittwoch die Parlaments-
wahlen statt, die nach den vorliegenden Ergebnissen
den Konservativen die Mehrheit, der Arbeiterpartei
aber erhebliche Erfolge brachten.

Die Reparationskommission in Paris hat ihre Be-
ratungen über die deutschen Vorschläge zur Markt-
stabilisierung wegen der deutschen Regierungskrise un-
terbrochen.

Auf der Suche nach dem Kanzler.

Generaldirektor Cuno mit der Bildung des Kabinetts
beauftragt.

Ein Nichtparlamentarier? — Das Kabinett der Köpfe.

Berlin, 16. Nov.

Die Lösung der Regierungskrise ist bis jetzt nicht ge-
löst worden. Der Reichspräsident hat bisher den Auftrag
zur Bildung des neuen Kabinetts nicht erteilt. Noch herrscht
völlige Ungewißheit darüber, wer die Nachfolgerschaft Births
übernehmen und auf welche Mehrheit im Reichstag sich der
neue Kanzler stützen wird. Erhöht wird die Auswahl des
neuen Kanzlers durch die Haltung des Zentrums, das zwar
nicht auf die Wiederbetraung Dr. Births besteht, aber sich
ausdrücklich zum bisherigen Reichskanzler und seiner Poli-
tik bekannte. Das Zentrum steht in dem vorerwähnten Be-
schluß der sozialdemokratischen Fraktion, der zu der Gesamt-
demission der Regierung geführt hat, so etwas wie einen
Affront und lehnt es ab, aus seinen Reihen den neuen
Reichskanzler zu stellen. Abg. Marx hat dem Reichspräsidenten
gegenüber ausgesprochen, daß das Zentrum nicht nur
sich weigern müsse, Vorschläge für die Nachfolgerschaft Births
zu machen, sondern auch keinem seiner parlamentarischen u.
außerparlamentarischen Mitglieder es gelte, das neue
Kabinett zu bilden. Diese Haltung des Zentrums
schaltet von vornherein die Betraung des Kölner Ober-
bürgermeisters Dr. Abenauer aus. Wenn auch Dr. Abenauer
einem Ersuchen des Reichspräsidenten, das neue Kabinett
zu bilden, gegen den ausdrücklichen Widerspruch der Reichs-
tagsfraktion seiner Partei kaum entspreche. Die Kandidatur
Abenauers hat aber bis in den Nachmittag hinein am
meisten im Vordergrund gestanden. Die Betraung des Bot-
schäfers Maner wurde ernsthaft erwogen, ist aber wieder
fallen gelassen worden.

Berlin, 16. Nov.

Die Kabinettskrise ist heute in ein entscheidendes Sta-
dium getreten. Reichspräsident Ebert, der, wie erklärt wird,
bisher nur Besprechungen mit den verschiedenen Parteifüh-
rern über die Lage hatte, wird heute jene Besprechungen
empfangen, die er mit der Umbildung des Reichskabinetts
zu betrauen beabsichtigt. Der Reichskanzlerkandidat ist erst
heute vormittags in Berlin eingetroffen; es handelt sich um
eine politische Persönlichkeit, deren Name noch nicht be-
kannt gegeben wird.

Jedenfalls kristallisiert sich immer deutlicher die Lösung
der Krise heraus, die versucht, aus den bewährten Ministern
des alten Kabinetts und einigen neuen starken Persönlich-
keiten das Kabinett zu bilden. Da für die Wahl dieser Per-
sönlichkeiten die letzte deutsche Reparationsnote als Pro-
gramm bindend ist, wird sie aus den Parteien und Gruppen
vorzuziehen sein, die diese Note gebilligt haben, also aus
den Parteien von Stresemann bis Hilferding.

Berlin, 16. Nov.

Seben hat der Reichspräsident dem Generaldirektor
der Dapag, Cuno, den Auftrag zur Bildung des Kabinetts
gegeben. Generaldirektor Cuno hat den Auftrag ange-
nommen.

Deutscher Reichstag

Berlin, 15. Nov. Zu Beginn der heutigen Sitzung, an
der als Regierungsvertreter Staatssekretär Schulz teil-
nimmt, gibt Reichspräsident Ebert ein Dankschreiben des hille-
nischen Gesandten für die Teilnahme des Reichstags an dem
Angriff seines Landes bekannt. Darauf wird ein Geset-
zentwurf auf Anpassung der Sätze im Verdrängungs-
schädengesetz an die Geldentwertung angenommen.

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) begründet die Interpellation
über die Not der deutschen Wissenschaft. Vieles unserer
geistigen Kultur liege in Trümmern. Ein Mikroskop
kostete beispielsweise vor acht Wochen 100 000, heute
400 000 Mark, ein Röntgenapparat 4 1/2 Millionen Mark.
Prof. Wassermann kann sich keine Versuchstiere anschaf-
fen. Daraus ergibt sich ein Niedergang der deutschen
Volksgesundheit und Verlust eines Stückes deutscher Welt-
geltung. Ein großer Teil der Gelehrten geht zur Indu-

strie über. Der Wertstudent hat eine große soziale Bedeu-
tung. Aber 2 Stunden schwer arbeiten und dann bis in
die tiefe Nacht hinein sich der Wissenschaft zu widmen, ist
unmöglich. Museen und wissenschaftliche Institute ber-
fallen. Die deutsche Kunst leidet körperliche Not. Redner
denkt für die Spenden aus Amerika, der Schweiz und
Japan und verlangt Erhöhung der Mittel des Staats.

Staatsrat Schulz erkennt die Not der Wissenschaft
durchaus an. Das Reich werde sein Möglichstes tun. In
unserer dunklen Zeit müsse die deutsche Wissenschaft uns
eine Leuchte sein.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 2 Uhr. Auf
der Tagesordnung stehen das Liquidationsschädengesetz
und die Not der deutschen Wissenschaft.

Deutschland.

Berlin, 16. Nov. Halbamtlich wird berichtet: Der
ständige Ausschuss des Reichseisenbahnrates gibt bekannt,
daß die ab 1. November eingetretene Steigerung der
Löhne und Materialien (insbesondere Brennstoffe) eine
abermahlige Erhöhung der Frachttarife notwendig erschei-
nen lasse. Es ist demnach ab 1. Dezember mit einer An-
gleichung der Gütertarife an den gestiegenen Geldwert zu
rechnen, deren Ausmaß man noch nicht übersehen kann.

Berlin, 15. Nov. Bei der Reichsbank ist ein abends
verübter Millionendiebstahl entdeckt worden. Bei der
Abfertigung von großen Geldtransporten wurde ein Geld-
beutel von 10 Millionen Mark in 1000-Markscheinen
entwendet.

Dr. Births Laufbahn.

Dr. Josef Birth, der am 6. September 1879 zu
Freiburg i. Br. geboren wurde, also erst 43 Jahre
zählt, ist vor dem Kriege und auch noch während
des Krieges in der Parteipolitik nur im lokalen Kreise,
in der großen Politik überhaupt nicht hervorgetreten.
Er studierte an der Universität seiner Heimatstadt Ma-
thematik und Naturwissenschaften, wurde 1905 promo-
viert und erhielt 1908 die Stellung eines Mathematik-
lehrers am Realgymnasium zu Freiburg. 1911 wurde
er dafelbst Stadtverordneter und 1913, als Mitglied
der Zentrumspartei, badischer Landtagsabgeordneter.
1914 kam er in den Reichstag, 1919 wurde er Mitglied
der badischen Landesversammlung und der Verfassungs-
gebenden deutschen Nationalversammlung u. nachdem
man ihn schon vorher zum Finanzminister seines Hei-
matlandes gemacht hatte. Als Erzberger, zu dessen
Anhängern und Vertrauten er eine Zeitlang zählte,
Zustatsrat und man einen in der praktischen Finanz-
politik bereits erfahrenen Parteigenossen suchte, wurde
der badische Finanzminister 1920, zunächst im Ka-
binett Bauer, Reichsminister der Finanzen. Er blieb
in dieser Stellung, in der er anfänglich politisch wenig
herbortrat, auch in der Aera Feilerbach-Simons und
stellte sich, als mit dem Londoner Ultimatum die Si-
mons'sche Außenpolitik zusammenbrach, im Einverneh-
men mit der Sozialdemokratie mit dem Programm der
Erfüllungspolitik in die Bresche. Mit diesem Pro-
gramm ist er am 10. Mai 1921 Kanzler des Deut-
schen Reiches geworden.

Paris, 15. Nov. Das „Echo de Paris“ schreibt, daß
mit dem Kabinett Birth eine Regierung dahin-
schwände, die jeder Nacht entbehrt. Bereits
einige Wochen, nachdem das Kabinett Birth zur Macht
gelangt war, hatte man sich davon überzeugt, daß
es eine wahre Politik der Nichterfüllung führe. Das
einzigste Verwunderliche sei, daß das Kabinett Birth
noch solange bei den Alliierten Glauben gefunden
habe. Das „Journal“ erklärt, man müsse sich jetzt
vor allem fragen, was das Schicksal der Note sein
werde, die die Regierung erst gestern der Reparations-
kommission zustellte. Die „Ere Nouvelle“: Dr. Birth
war ein episodischer Kanzler. In dem Augen-
blick, wo das Reich das Bedürfnis einer aufbauenden
Politik empfindet, verschwindet er. Das einzige, was
man zu befürchten hat, ist, daß diejenigen, die den
Sturz des Kanzlers gewünscht haben, die Herren der
Lage sind. Das „Echo National“ schreibt: Machen
wir uns auf ernste Dinge gefaßt, sie stehen
unmittelbar bevor. Die Leute in Deutschland sehen
uns anderswo, besonders im Orient beschäftigt. Des-
halb läßt sie die Mäste und sprechen sich in ihrer
letzten Note für die glatte Befriedigung des Versailler
Vertrags aus. Ihre Taktik besteht jetzt darin, uns zu
überreden, das linke Rheinufer zu räumen, bevor ir-
gend eine Zahlung erfolgt.

Die Reparationskommission vertagt die Weiterberatung

bis zur Neubildung der deutschen Regierung.

Paris, 15. Nov. Die Reparationskommission hat be-
schlossen, die Weiterberatung über die deutschen Vorschläge
bis zur Neubildung der deutschen Regierung zu vertagen.
Auch die für heute angetündigte Beratung über die deut-

chen Kohlenlieferungen haben mit Rücksicht auf die Krise
nicht stattgefunden. Bradbury ist heute nachmittag nach
London abgereist, um über die durch die deutsche Krise
entstandene Lage mit seiner Regierung zu konferieren.

Starker Erfolg Bonar Laws.

London, 16. Nov. Der große Aufruhr an die Wähler-
schaft Englands ist gestern in einem Wahlkampf um 558
Sitze in die Tat umgesetzt worden. Die Beteiligung der
Frauen, die ihr Stimmrecht zum erstenmal ausübten, war
sehr stark. Die Ergebnisse, die bis heute früh bekannt wur-
den, ergaben für Bonar Law eine glatte Mehrheit von
35 Stimmen über sämtliche andere Parteien, und man
sieht zuversichtlich voraus, daß, wenn das endgültige Er-
gebnis heute nachmittag bekannt sein wird, der Premier-
minister eine arbeitsfähige Mehrheit haben wird. Ein
besonderes Kennzeichen des Wahlkampfes ist die außer-
ordentlich gewachsene Stimmzahl der Labour Party, die
33 Sitze gewinnt. Die Labour Party kommt hierdurch an
die zweite Stelle nach den Konservativen, die bis jetzt 158
Sitze zählt. Die Partei Lloyd Georges schneit nicht so
gut ab, als man ursprünglich erwartete, obgleich diese
Gruppe genügend stark sein wird, um zwischen Revolution
u. d. Reaktion die Waage zu halten. Eine große Zahl der
Konservativen soll als Lloyd-Georgianer gezählt werden
infolge eines Abkommens in verschiedenen Wahlkreisen,
wodurch die liberalen die national-liberalen Stimmen über-
nahmen.

Eine große Ueberraschung ist der Gewinn der Asquith-
Radikalen in Warrmouth und in der Universität Oxford;
namentlich in letzterer wurde in den letzten 42 Jahren nie-
mals ein anderer Abgeordneter als Lord gewählt. Die
gestrigen Wahlen ergaben eine Abwanderung von 49 000
Stimmen. In Great-Barmouth ist die liberale Mehrheit
in 3 Wahlkreisen außerordentlich groß, wobei die Labour
Party an dritter Stelle steht. Asquith gewann in Paisley
mit knapper Mehrheit von 300 Stimmen einen Sit-
z, während Bonar Law in Glasgow noch schlechter abschnitt.
Colonel Wilson erlitt eine schwere Niederlage und der
Unterstaatssekretär im Home office, Manly, fiel ebenfalls
durch.

Seit e früh war der Stand der Parteien wie folgt:
Konservative 159, Liberale 25, National-liberale 22, La-
bour Party 66, Andere Parteien 8.

Die Aussichten Bonar Laws sind trotz verschiedener
Rückschläge, die unvermeidlich waren, außerordentlich
glänzend. Die Wahl verlief ruhig. Der Abend ist in ganz
London mit Konzerten und Ballen auf öffentlichen
Plätzen gefeiert worden. Bis jetzt ist ein einziger weib-
licher Kandidat, nämlich Lady Astor, mit einer Mehrheit
von über 3000 Stimmen gegen ihren männlichen Gegner
gewählt worden. Andere weibliche Kandidaten wie z. B.
Mrs. Strachen, Lady Emmott und Lady Cooper, die den
früheren Sitz ihres Mannes beehrte, wurden geschlagen.
Zu ihrer Ehre haben sie eine sehr beachtenswerte Zahl von
Stimmen auf sich vereinigen können. Eine der größten
Ueberraschungen brachte die Vorstadt von London, Pat-
terja, in der der Indier Saklatvala, der rote der roten
Kommunisten, mit über 2000 Stimmen Mehrheit gewählt
wurde. Man muß hierzu bemerken, daß gerade dieser
Wahlbezirk von jeher ergötzliche Kandidaten hatte. So
z. B. war er der erste, der einen Arbeiterpartei in das
Parlament entsandte. Der Unterstaatssekretär im Mini-
sterium des Innern, Oberst Stanly, wurde von dem li-
beralen Kandidaten geschlagen. Der frühere Sekretär Lloyd
Georges, Sir Edward Grigg, wurde wiedergewählt, da-
gegen ist Sir Charles Sykes, einer der Eigentümer des
„Daily Chronicle“, des bekannten Organs Lloyd Georges,
durchgefallen. Die früheren Minister Mac Namara und
Mond, ebenso der jetzige Minister für Flugwesen wurden
wiedergewählt.

Baden und Nachbarstaaten.

Karlsruhe, 16. Nov. (Aus dem Haushalts-
ausschuß des Landtags.) Der Haushaltsausschuß
des Landtags hat sich in seiner ersten Sitzung mit der
Anträgen über die Getreideumlage befaßt. In dem
Zentrumsantrag wird gefordert, daß die von Baden abzu-
liefernde Getreideumlage entsprechend dem diesjährigen
Saatenstand gekürzt wird und in einem Nachtrag zum
Staatsvoranschlag alsbald Mittel angefordert werden zur
Förderung der Landwirtschaft für die einzigen Betriebe, die
durch die Getreideumlage betroffen werden. Von sozial-
demokratischer Seite wurde beantragt, noch einen Zusatz
auch Mittel zur wei-
s angefordert werden
rlangt, daß die Land-
Wirtschaft über nicht
ist benötigen, von der
anbünd wünscht, daß
Mittel für den Aus-
reiem Marktpreis für
bgabe von allen Ein-
nen werden soll.

In der Aussprache wurde von Regierungsseite mitgeteilt, daß die Reichsregierung den Beschluß des Landtags auf Herabsetzung des Umlagebetrags für Baden abgelehnt hat. Diese Ablehnung wurde vom Reichsernährungsministerium damit begründet, daß eine Minderernte in Baden nicht vorliege. Der Haushaltsausschuß zeigte sich dieser Ansicht gegenüber erpicht und entrüstet. Von Rednern des Zentrums und der Sozialdemokratie wurden auf die großen Härten der Getreideumlage hingewiesen. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß der Schaden für den einzelnen Landwirt infolge der Getreideumlage sich durchschnittlich auf 250 000 Mk. beläuft. Der Schaden für den Anbau der neuen Saat sei unabsehbar, denn die Aussaat sei unerschwinglich teuer, so sei die neue Saat schwer gefährdet. Der Haushaltsausschuß gab seiner Verwunderung auch darüber Ausdruck, daß man im Reichsernährungsministerium sich anscheinend einbildet, die badischen Verhältnisse besser zu kennen, als die badischen Sachverständigen und sogar die Sachverständigen der Reichsgetreidefelle in Baden. Am Schluß der Aussprache einigte sich der Haushaltsausschuß gegen die Stimmen des Zentrums, der Demokraten und des Landbunds zu verschieben und das Ergebnis der Verhandlungen der badischen Regierung in Berlin wegen Reduzierung der Getreideumlage abzuwarten. — Weiter befaßte sich der Haushaltsausschuß mit dem Gesetzentwurf über die Abänderung des Beamtenechts in seiner Anwendung auf die Hochschulprofessoren. Berichterstatter darüber ist Abg. Weber (D. Sp.). Unter Ablehnung eines Antrags, die Altersgrenze für die Hochschulprofessoren von 60 auf 70 Jahre festzusetzen, wurde der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Karlsruhe, 16. Nov. (Das Polizeiverordnungsgezet.) Dem Landtag ist der Entwurf eines Gesetzes über Dienstverhältnisse und Vergütung der auf Zeit angestellten staatlichen Polizeibeamten (Polizeiverordnungsgezet) zugegangen. In dem Gesetz werden die Anstellungsverhältnisse der Polizeibeamten geregelt und zwar entsprechend dem Reichsgesetz über die Schutzpolizei der Länder. Die auf Zeit angestellten Polizeibeamten werden dem allgemeinen Beamtenecht unterstellt. Es wird angestrebt werden, in möglichst weitem Umfang den auf Zeit angestellten Beamten den Uebertritt in den übrigen Polizei- und Gendarmeriedienst und damit die Erlangung der Eigenschaft eines lebenslänglichen Beamten zu ermöglichen. Der Staat selbst für die Ausbildung der auf Zeit angestellten Beamten erhebliche Mittel aufzuwenden, hat Interesse daran, diese, soweit sie sich bewähren, seinem Dienst zu erhalten, sei es im Bereich des Sicherheitsdienstes oder in anderer Verwendung. Soweit aber Polizeibeamte in lebenslängliche Beamtensstellungen nicht überführt werden können oder diese Ueberführung selbst nicht gewünscht wird, ihnen durch das vorliegende Gesetz eine Vergütung zuteil, entsprechend der Vergütung der Wehrmacht.

Karlsruhe, 16. Nov. (Ehrendoktor.) Der Senat der Technischen Hochschule hat Diplomingenieur Fritz Nibel, Direktor bei der Firma Benz u. Cie. in Mannheim, und Paul Rielmetter, Direktor der Kunze-Knorr-Bremien A.-G. in Berlin, die Würde eines Ehrendoktors verliehen.

Mannheim, 16. Nov. (Anlehen.) Der Geldbedarf der Städte wächst enorm. Zur Vergrößerung des hiesigen Industriehafens fordert jetzt der Stadtrat vom Bürgerausschuß die Genehmigung um Aufnahme eines Anlehens von 200 Millionen Mark. Der Betrag soll auch für Wohnungsbauten, Grundstücksverwertungen, Erweiterungen und Erneuerungen in städtischen Betrieben Verwendung finden.

Offenburg, 16. Nov. (Tödlicher Unfall.) Der Arbeiter August Mayer von Ortenberg wurde im hiesigen Rangierbahnhof von einer Lokomotive überfahren und getötet.

Offenburg, 16. Nov. (Milde Strafe.) Der Hilfsarbeiter Wilhelm Peukert aus Reichbach und der Hilfsarbeiter Fr. Herr. Lehmann aus Mietersheim waren zusammen mit dem noch flüchtigen Rudolf Peukert in Michelbronn bei Schuttertal in einen Hof eingedrungen und hatten unter Bedrohung der Ehefrau des Hofbauern Himmeisbach einen größeren Geldbetrag geraubt. Während der Ausführung ihres Verbrechens hatten sie schwarze Masken vorgebunden. Lehmann wurde zu 1 Jahr und Peukert zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Badenweiler, 16. Nov. (Diebstahl im Schloß.) In einer der letzten Nächte brachen Diebe in das Großschloß ein und stahlen Bettvorlagen und andere Gegenstände.

Willingen, 16. Nov. (Teurer Bauernhof.) Der Winterbauernhof in Schönenbach ist in den Besitz des Sägewerksbesizers Rudolf Schyle von Schonach übergegangen. Der Kaufpreis beträgt 11 Millionen.

Konstanz, 16. Nov. (Ueberfüllte Gefängnisse.) Das hiesige Amtsgericht ist zur Zeit überfüllt und auch die übrigen oberbadischen Amtsgefängnisse haben kaum ein freies Plätzchen mehr. Die Ueberfüllung rührt von den zahlreich verhafteten Schmugglern her.

Aus Stadt und Bezirk Deutsche demokratische Partei. Bemerkungen zu den Gemeindevahlen.

XIII.
Dieses hört man die Behauptung, daß die Demokratische Partei eine Gegnerin des Bürgergenusses sei. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß bei der Aussprache im Landtag die Demokratische Partei sich die Ausführungen des Berichterstatters zu eigen machte, die folgenden Wortlaut hatten: Der Berichterstatter sprach sich für die Beibehaltung des Bürgergenusses aus. Er wies auf die historische Entwicklung hin und betonte vor allem die volkswirtschaftlich und sozialwirtschaftlich wirkende Einrichtung des Bürgergenusses gerade für die kleinen Leute auf dem Land. Mit diesem alten Herkommen, das noch ein Stück des alten deutschen Gemeinrechts darstelle und sich durch die lange Zeit bewährt habe, solle man jetzt nicht ohne Not drehen. Gerade heute würden eine ganze Anzahl kleiner Leute durch den Bürgergenuss auf dem Lande erhalten und festgehalten werden. Weiteres müßte aber gerade für die Zukunft vermieden werden. Von so. dem. Seite wurde der Antrag gestellt, mit Wirkung vom 1. Januar 1925 die Bürgergenussberechtigung zu lassen. Die demokratische Fraktion sprach sich mit dem Zentrum gegen diesen Antrag aus. Verschiedene Verbesserungen des Gesetzesentwurfs sind auf demokratische Anträge zurückzuführen. So die Bestimmung, daß bei der im Falle der Aufhebung des Bürgergenusses zu gewählenden Ersatzwahlung der Ertrag des Grundstücks nach dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre unter Berücksichtigung seiner bisherigen Nutzungart zugrunde zu legen ist. Ferner die Vorschrift, daß Bürgerhol nicht veraußert werden darf. Für die Abhebung des Bürgergenusses durch Gemeindevotum in den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern war von demokratischer Seite die Kapitalabfindung im zehnjährigen Jahresbetrag als viel zu klein bezeichnet und beantragt worden, den fünfzehnjährigen Betrag vorzuschreiben. Leider fand dieser Antrag keine Mehrheit. Aus alledem ist keineswegs zu entnehmen, daß wir Gegner des Bürgergenusses sind. Das demokratische Kommunalprogramm enthält vielmehr die Forderung: „Zeitgemäße und wirtschaftliche Regelung des Anwesenbesitzes“. Darunter verstehen wir hauptsächlich Meliorationen durch Bewässerung und Entwässerung, wie ja auch bekannt ist, daß die demokratische Bürgergenussfraktion in Durlach vor einiger Zeit einen dahingehenden Antrag bezüglich der Subwiesen gestellt hat.

+ Durlach, 16. Nov. Zur Stadtverordneten-Wahl am Sonntag, den 19. November 1922. Wahlzeit von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr. Mit der Stadtverordneten-Wahl findet gleichzeitig auch die Wahl der Bezirksräte und der Kreisabgeordneten statt und zwar in einem Wahlgang. Zwei Wahlsätze kommen zur Verwendung, einer für die Stadtverordneten und einer für die Bezirksräte und Kreisabgeordneten. Auf dem gemeinsamen Stimmzettel für die Bezirksabgeordneten sind die Vorgeklagten in 2 Abteilungen mit den Aufschriften: „Bezirksräte“ und „Kreisabgeordnete“ zu bezeichnen. Beide Seiten der Stimmzettel können benutzt werden. Die Stimmzettel dürfen im Wahllokal weder auf-

gelegt noch verteilt werden. Die Uebergabe der Stimmzettel für die Wahlen hat in einem mit amtlichem Stempel versehenen Umschlag zu erfolgen. Der Umschlag wird im Wahllokal abgegeben, die Einlegung der Stimmzettel in diesen geschieht im Nebenraum. Die Stimmzettel müssen von mittelstarkem, weißem oder weißlichen Papier sein und ein Viertel der Größe des üblichen Altkreises (33/4 cm) haben. Ungültig sind Stimmzettel, die diesen Erfordernissen nicht entsprechen, die mit einem Kreuzzeichen versehen sind, die Namen aus verschiedenen Wahlvorschlagslisten enthalten, die Namen enthalten, welche auf keiner der veröffentlichten Wahlvorschlagslisten stehen, auf denen alle Namen gedruckt sind, oder die keinen lesbaren Namen enthalten, denen ein Druck- oder Schriftstück beigefügt ist, die eine Verwahrung oder einen Vorbehalt gegenüber allen Bewerbern enthalten. Mehrere in einem Umschlag enthaltene gleichlautende Stimmzettel gelten als eine Stimme; in einem Umschlag enthaltene, von einander abweichende Stimmzettel sind sämtlich ungültig. Die Wähler sollen zur Wahl die zugehörige Benachrichtigung über die Aufnahme in die Wählerliste mitbringen und bei Abgabe der Stimmzettel dem Wahlvorsteher die auf der Vorderseite angegebene Nummer angeben.

S. Durlach, 16. Nov. (Mietervereinigung Durlach e. V.) Die am nächsten Sonntag stattfindenden Gemeindevahlen haben selbstredend auch für die Mieter Durlachs das allergrößte Interesse, denn es kann den Mietern bei der fürchtbaren Wohnungsnot und der zeitigen Durchführung des Reichsmietengesetzes durchaus nicht gleichgültig sein, in welcher Art und Weise fernherhin das hiesige Stadtparlament zusammengesetzt ist. Schon vor Wochen hat deshalb die Mietervereinigung Durlach, e. V., an die hiesigen Parteien ein Schreiben gerichtet mit der Bitte um Ausfertigung ihrer Stellung zum hiesigen Mietern gegenüber und um Bescheid, ob man bereit sei, auch von Mietern geeignete Personen in die Vorschlagslisten zu nehmen. Nicht unbestimmt lauteten die eingehenden Antworten, das Zentrum gab überhaupt keine, nur die sozialistische Partei sandte eine zufriedenstellende Antwort. Wir als Mieterverein sind keine politische Partei und wollen uns möglichst auch an den Parteimännern nicht beteiligen, aber Mieter Durlachs aufpaßt, es handelt sich um mehr um das Selbstbestimmungsinteresse, und zwingt uns die allgemeine Notlage und zwar schon unserer Angehörigen wegen in möglichst geschlossener Weise bei den bevorstehenden Wahlen aufzutreten und nur diejenigen linksstehenden Parteien zu unterstützen, bei denen Männer sind, welche auch an die vielen Leiden und die hohen Mietzinsen denken, welche nimmer im Interesse der Hauseigentümer unbarbarisch aufgebracht werden müssen. Hierbei ist wohl zu beachten und darf nicht übersehen werden, daß die Hauseigentümer es sind, die auch bei diesen Wahlen — man könnte sagen in herausfordernder Weise — sich zusammengetan haben und zwar mit dem sogenannten Bürgerpartei, um auf dem Rathaus für sich einen besondern Einfluß zu erhalten. Aber auch bei der „Bürgerpartei“ besteht die Mitgliederzahl aus Mietern und wir der Ueberzeugung, daß dieselben so viel gelandeten Menschenverstand besitzen, um sich nicht zum eigenen Nachteil und dem ihrer Familienangehörigen, tagen wir frei heraus als „linken“ Stimmzettel zu bezeichnen, sondern ihre Stimme dahin geben, wohin solche von Kennenkenntnissen gehört. Hierzu einen bestimmten Vorschlag heute zu machen, wollen wir absichtlich unterlassen, jedoch abermals mit Nachdruck betonen, daß eben nur „links“ für die Leiden des Mieters eine wirksame Hilfe zu suchen und zu finden ist. Darum Mieter Durlachs, jetzigt am nächsten Sonntag, daß Ihr Entschluß alle mit Eurer Familienangehörigen bei den Wahlen in diesem vernünftigen Sinn zusammenfassen und Euerer Stimme zum Wohl der Mieter in geeigneter Weise zur wirksamen Geltung bringt.

Handel und Verkehr.

Der Dollar notierte am Donnerstag in Frankfurt 7506,15 G., 7543,85 Br., in Berlin 7506,18 G. und 7543,82 Br.

1 Schweizer Franken =	1396,50 G., 1403,50 Br.
1 französischer Franken =	508,45 G., 511,65 Br.
1 belgischer Franken =	458,85 G., 461,15 Br.
1 italienischer Lira =	339,15 G., 340,85 Br.
1 holländischer Gulden =	2945,10 G., 2959,90 Br.
100 österreichische Kronen =	10,07 G., 10,13 Br.
1 tschechische Krone =	244,35 G., 245,65 Br.
1 dänische Krone =	1518,65 G., 1526,35 Br.
1 schwedische Krone =	2004,95 G., 2015,05 Br.
1 Pfund Sterling =	33 915 G., 34 089 Br.

Mitmaßliches Wetter.
Der Hochdruck über Großbritannien hat sich nach verflüchtigt. Für Samstag und Sonntag ist bei vorwiegend nördlichen Luftströmungen mäßig kaltes, trübes Wetter mit unerheblichen Niederschlägen in höheren Lagen mit Schnee zu erwarten.

Das verlorene Eck.

Roman von E. Kriedberg.
(Unberechtigter Nachdruck verboten.)

„Lena!“ rief die alte Dame in Schred und Schmerz. Sie sah jetzt alt aus, über ihre Jahre hinaus — alt und lebensmüde. Diese Frau mußte über eine bewundernswürdige Elastizität und Selbstbeherrschung verfügen, um so vollkommen der Welt die zwar gebeugte, aber doch nicht gebeugte Vertreterin eines alten angelebten Geschlechtes vorzuführen zu können. „Meinst du, daß dein Unglück mir nicht am Herzen frist. Tag und Nacht? — Meinst du, daß ich weiterleben möchte auch nur eine Stunde noch, wenn es nicht wäre, um dir das Dasein erleichtern zu helfen, du armes Kind?“ „Mutter, verzeh! mir!“ — Aufschluchzend warf sich Lena ihr an den Hals und streichelte mit zitternder Hand ihre wulstigen Wangen, über die langsam große Tränen rannen. „Ich weiß selber, was jetzt mit mir ist! Ich bin so außer mir — manchmal meine ich, verrückt werden zu müssen.“ Die Mutter umschlang sie tröstend fest mit ihren Armen. „Wir wollen arbeiten, Lena, dann haben wir nicht Zeit, den schlimmen Gedanken nachzugeben, und wenn du siehst, wie du selber dich und dein Kind vorwärts bringst und dir aus eigener Kraft heraus einen geachteten Platz im Leben erringst, wirst du auch wieder Vertrauen auf dich selber gewinnen und den Kopf hoch tragen lernen. Ich will dir gern helfen wie bisher.“ „Das ist's eben, was mich nicht zur Ruhe kommen läßt, Mutterchen, daß du in deinem Alter noch ums tägliche Brot kämpfen mußt, was du nie im Leben hast zu tun brauchen und was dir schwer fällt.“ Die alte Dame schüttelte energisch den Kopf. „Das darfst du nicht denken! Mir ist am wohlsten bei meiner Arbeit. Was sollte ich nur mit dem langen Tage beginnen, wenn ich nichts zu tun hätte.“ Frau von Hartenstein pflegte zu sagen: „Arbeit schändet niemand, auch den Hochgeborenen nicht, aber wer Almosen annimmt, ist so lange er imstande ist, sich selber fortzubehalten, der verdient nicht aus einem ehrbaren Geschlecht zu stammen. — Ich würde lieber die Strafe leiden, als von meinen tandesgenossen Unterstützung beanspruchen. — Ein edler Mann verleiht nicht nur Rechte, er legt uns auch Pflichten auf.“ Und so hatte sie sich mitten im Elend einer Tätigkeit erinnert, die sie als Tochter einer Mutter Abelsgeblüt in ihrer Jugend mit bewundern-

schäft auszuüben gelernt hatte, die Spigenarbeit, und ohne Fögern sie wieder aufgenommen. Den ganzen Tag hantierte die feinen Finger mit Nadel und Zwirn, und unter ihnen entstanden duftige Kunstwerke von erlesenem Geschmack, die von der eleganten Damenwelt gern gekauft und gut bezahlt wurden. Frau von Hartenstein hätte mit ihrer Arbeit einen weit höheren Ertrag erzielen können, wenn sie sich direkt an die Vertreter ihrer Kreise gewandt hätte, aber das ließ ihr Stolz nicht zu. Sie bekannte sich rüchlos ehrlich dazu, daß sie ihr Talent in den Dienst des Geldverdienens stellte, doch das war eine Angelegenheit, die mit ihrem Privatleben nichts zu tun hatte. Ihre Verbindungen zu ihren Gunsten auszunutzen wäre ihr niedrig erschienen — sie wollte niemand etwas zu danken haben. Darum arbeitete sie für den Kaufmann zu feststehenden Preisen und nicht für Privatumschlag. Lena besorgte die Wirtschaft und in der Stadt erteilte sie Sprach- und Musikstunden. Nun ging sie mit der Abee um, ein Damenpensonat zu errichten. Sie hoffte dann so viel zu verdienen, daß die Mutter nicht mehr zu arbeiten brauchte. Sie entwickelte jetzt der Mutter ihren Plan, den sie bis dahin geheim gehalten hatte. Sie fühlte den unwiderstehlichen Trieb, nur immerzu zu sprechen, um nicht an den dunklen Berg zu denken, nicht diese grauenvolle Dede fühlen zu müssen. Frau von Hartenstein wollte davon nichts wissen, das sei viel zu anstrengend für Lena. Aber allmählich ließ sie sich überzeugen, daß sich ein Pensonat doch auch zugleich eine einigermaßen sichere Versorgung für die Zukunft werden könnte, falls es sich als rentabel erwies. Das war zu erwägen. Sie selber würde nicht mehr allzu lange leben, und sollte Lena immer auf den Ertrag von Sprach- und Musikstunden angewiesen sein? — Tröstlicher Gedanke. „Wir sind so geschäftsunfähig“, sagte sie — „wenn wir nur einen Berater hätten. Warum läßt sich Fred nicht mehr sehen? — Er hat mir doch versprochen, wieder zu kommen. Ich möchte gern allerhand mit ihm besprechen.“ Lena suchte die Schultern und blickte ins Leere. „Vor einigen Tagen war er doch noch im Gebirge. Urfel hat ja mit ihm gesprochen. — Er wird doch nicht auch zu denen gehören, die verlassene Frauen lieber meiden.“ „Mutter, wie kannst du das von Fred denken“, rief Lena mit einer solchen Empörung, daß die alte Dame lächelnd aufblickte. „Nun — nun, erwehere dich nicht — ich traue es in Wahrheit dem alten guten Freunde nicht zu. Er mag sonst einen

wichtigen Grund haben, wegzubringen, aber wenn ich wüßte, wo er weilt, würde ich nach ihm schicken. Er ist der einzige Mensch dem ich unbedingt vertraue.“

6. Kapitel.
War er abgereist? — Wohin war er gegangen? — Ober würde das Licht noch einmal aufleuchten? — Würde sie ihn je im Leben wiedersehen? Diese Fragen quälten Lena den ganzen folgenden Tag. Es nützte nichts, daß sie sich vorstellte: es ist auf so ... das einzig Richtige überhaupt ... und lieber doch der frassen Notwendigkeit unverfüllt ins Auge sehen, als sich durch trügerische Hoffnungen hinhalten und täuschen zu lassen, bis man müde und matt geworden ist — sie mußte sich doch immer wieder auf dem Gedanken entspannen: so rasch brauchte er nicht zu gehen — so wörtlich hätte er keine Bitte nicht nehmen dürfen! Sie schalt und schämte sich vor sich selber. Laufende: lei nahm sie sich vor um sich zu streifen, aber die Anruh in ihrem Blut hegte sie umher, dem Abend entgegen, der es erwecken sollte, ob das Licht dort oben wirklich für sie erlösen sei. Der Berg blieb finstler wie am Tage war. Da litt es sie nicht dabei, sie nahm Urula an die Hand und ging zu Nachbar Klaberts. Sie sprach von diesem und jenem in einer eigenen fastigen Weise, und endlich fragte sie so nebenher das Mariel ob sie einmal wieder den fremden Herrn gesehen hätte. Das Herz klopfte ihr dabei bis in den Hals hinauf und sie machte sich an Gelegenheitlich mit ihrer Gürtelschleife zu schaffen. „Kein, gnädige Frau, nie nicht mehr.“ „Dann wird er wohl abgereist sein.“ „Ach nein, Mutterchen“, fiel Urula ganz aufgeregt ein, „das darf er doch nicht! — Ich muß dem Onkel Fred doch noch den Stein geben, du weißt doch, den du neulich vergessen hast ihm zu bringen.“ „Das kann leicht sein, daß er abgereist ist, gnädige Frau“, meinte Mariel atillig. „Die Annel hat gestern beim Leinwandabtragen auf dem Bahnhof einen fremden Touristen mit einem blonden Schnurrbart gesehen, der eine braune Toppe anhatte und auch eine so große grüne Blechbüchse über der Schulter wie der Herr Fred, und der ist in den Zug nach Berlin gestiegen.“ „Also abgereist — fort ohne ein Lebenswort.“ Sie preßte die Lippen fest übereinander und schludte die hervorquellenden heißen Tränen tapfer hinunter.

(Fortsetzung folgt.)

Nr. 123. Die Festsetzung des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter betr.
Nach Mitteilung des Oberberufungsamtes Karlsruhe gilt der mit Wirkung vom 1. November 1922 in dem Bezirk des Oberberufungsamtes Karlsruhe zwischenzeitlich festgesetzte durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter mit Wirkung vom 1. Januar 1923 mit einem Aufschlag von 25 v. H. als allgemeine Festsetzung gemäß § 936 a R. V. D.
Durlach, den 11. Nov. 1922. Bezirksamt

Nr. 125. Die Einführung einer gemeinen Schafweide in Söllingen betr.
Der Gemeinderat Söllingen hat beschlossen, eine gemeine Schafweide probeweise auf 1 Jahr einzuführen, dieselbe soll sich jedoch nur auf die Wiesengrundstücke erstrecken und zwar in der Zeit vom 1. Dezember 1922 bis 1. März 1923; sie soll verpachtet werden und ihr Erträgnis in die Gemeindefakasse fließen.
Sämtliche beteiligten Grundeigentümer und Pächter werden zur Vorbereitung etwaiger allgemeiner oder besonderer Erwiderungen und Anträge und zur Abstimmung über die Ausführung des Unternehmens auf
Montag, den 4. Dezember 1922, nachmittags 5 Uhr,
auf das Rathaus in Söllingen vorgeladen mit dem Bemerken, daß der gestellte Antrag als angenommen gilt, wenn von den Eigentümer der Grundstücke, die der gemeinen Weide unterworfen werden sollen, mindestens 2/3 sowohl nach der Kopfzahl als nach dem Verhältnis des Gemeindefonds der beteiligten Grundstücke berechnet angenommen haben, und unter Androhung des Rechtsnachteils, daß die in der Tagfahrt nicht erschienenen und Nichtabstimmenden als zustimmend angesehen werden. Sofern Beachten am Abschluß bestimmter Grundstücke von der Schafweide während des Art. 4 des Gesetzes vom 17. April 1884 gestellt werden wollen, hat dies vor der Abstimmungstagfahrt durch schriftliche Eingabe beim Gemeinderat und unter Beachtung der Vorschriften des § 4 der Vollzugsverordnung vom 30. Juni 1884 die gemeinen Schafweiden betr. (Ges. u. V. D. Bl. Seite 227) zu geschehen.
Antrag und Grundbesitzverzeichnis liegen 10 Tage lang vom Dienstag, den 21. November bis Samstag, den 2. Dezember auf dem Rathaus in Söllingen zur Einsicht der Beteiligten auf.
Durlach, den 14. Nov. 1922. Bezirksamt

Leichtenträger.
Die Stelle eines Leichtenträgers ist alsbald zu besetzen. Geeignete Bewerber wollen sich bis spätestens 1. Dezember d. Js. beim Kreissekretariat - Rathaus Zimmer 9 - schriftlich oder mündlich melden. Die Vergütung und die sonstigen Bedingungen werden daselbst bekannt gegeben.
Durlach, den 15. November 1922
Der Bürgermeister

Kohlen-Ausgabe.
Joh. Kramb Bw.: 18. November von 9 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags, Kunden 201-450; 2 Str. Rhein Braunkohlen-Striktis „Union“ Nr. 605 - je Str.
Durlach, den 17. November 1922.
Ortskohlenstelle.

Kohlen-Ausgabe.
Christ. Geyer: 18. November von 8 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags, sämtliche Kunden, folgende Vorrat: 2 Str. Rhein Braunkohlen-Striktis „Union“ Nr. 605 - je Str.
Durlach, den 17. November 1922
Ortskohlenstelle.

Preise für freie Backwaren.
Von heute ab:
Wasserbrot, 80 gr 30 Pf.
Weißbrot, 500 gr 180 Pf.
mariniertes Zwieback 320 Pf.
1500 gr mariniertes Brot 324 Pf.
mariniertes Brotmehl 150 Pf.
Das Backen von Brot pro Kilo 8 Pf.
Unter 25 Pf. kann keine Gese mehr abgegeben werden.
Freie Bäcker-Zunft Durlach.
Prima

Stopfwelschkorn
empfehlen
Andreas Gelter, Durlach-Aue
Telephon 203.

Petroleum
wird vom Ausland eingeführt und mit ausländischer Valuta bezahlt. Diese Einfuhr ist ein Schaden für das deutsche Volksvermögen.
Eine Brennstunde kostet:
bei einer 15kerzigen Petroleumlampe Mk. 18.00
bei einer 50kerzigen Gashängelampe Mk. 3.40
bei einer 100kerzigen Gashängelampe Mk. 5.85
Also siebenmal soviel Gaslicht für den 3. Teil des Preises
Petroleum ist also immer noch viel teurer als Gas. Man nehme deshalb nicht die Petroleumlampe wieder in Betrieb, sondern bringe das für den Petroleumkauf bestimmte Geld als Abschlagzahlung zum Gaswerk.
Städt. Gaswerk Durlach.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei Durlach.
Samstag abend 8 Uhr im Festhallsaal:
Wählerversammlung.

Redner: Frau Reichstagsabgeordnete Ziegler aus Heilbronn über die politische und wirtschaftliche Lage und die Gemeindefragen, Landtagsabgeordneter Dr. Kullmann-Karlsruhe über die Gemeinde-, Kreis- und Bezirksratswahlen, Stadtrat Steinbrunn über die Tätigkeit der sozialdem. Rathausfraktion in Vergangenheit und Zukunft.

Hierzu laden wir die Wähler und Wählerinnen von Durlach und Aue ergebenst ein. Zur Deckung der Kosten wird am Sonntagabend eine Zellerfamulung vorgenommen.

Wähler und Wählerinnen!
Seid Euch am Wahltag Eurer Pflicht bewußt!
Wählt sozialdemokratisch!
Arbeiter, Bürger, Beamte, Angestellte! Daraus am Wahltag!
Alle Stimmen der **Vereinigten Sozialdemokratie!**
Der sozialdemokratische Wahlvorschlag beginnt mit dem Namen **Sorff Christian, Dreher.**
Der sozialdemokratische Wahlvorschlag für die Bezirksrats- und Kreisabgeordnetenwahl beginnt mit dem Namen **Saad Karl, Bürgermeister, Grözingen.**
Frauen und Mädchen! Denkt daran, daß die Sozialdemokratie für das Frauenwahlrecht seit Jahrzehnten eingetreten ist. Wählt die Liste der **Vereinigten Sozialdemokratischen Partei!**
Der Vorstand.

Erwiderung auf die Aufklärung im Tagblatt Nr. 267.

Die „Freie Bürgervereinigung“ besteht seit 1910 und ist also schon lange geboren. Sie bleibt ihren Grundsätzen treu und treibt keine Parteipolitik.
Nun haben nach ihrer eigenen Aussage seit Monaten sogenannte führende Männer versucht, bürgerliche Gruppen unter einen Hut zu bringen. Dies ist ihnen nicht gelungen und warum?
1. Haben die Demokraten rundweg abgelehnt.
2. Das Zentrum geht für sich.
3. Hat dann der Dmnn Ihrer neuen Fraktion, der Spitzenkandidat Friedrich Kleiber, Gärtner, hier mit solchem Erfolg gearbeitet, daß der Gemeindebürgerverein und die ihm anhängenden Gruppen nicht mehr im Stande waren, dieser so schönen Sache beizutreten.
Der Herr Kleiber hat auf Vorstellung von unserer Seite erklärt, daß er die Wahlmänner als Fraktionsvorsitzender aufzustellen habe, und daß er sich in keiner Weise etwas hineinsetzen lasse.
Da wir freie Bürger sind und es auch bleiben wollen, so können wir eine solche Diktatur nicht anerkennen und überlassen ruhig das Urteil der hiesigen Wählerschaft. Wir können aber auch aus diesem Grunde dem Gebahren des Herrn Spitzenkandidaten nicht beistimmen, weil dieser, als es sich darum handelte, einen kriegsbeschädigten in die Liste aufzunehmen, höhnisch erklärte: Ja, ha, da könnten wir auch noch Fußballspieler auf die Liste setzen. Das war für uns natürlich zu viel und wir haben von der Stunde unsere Konsequenzen gezogen. Auch wir empfehlen Ihnen, die Kandidatenlisten durchzusehen.
Im übrigen halten wir die Stunde für viel zu euk, um einen Bürgerkonflikt heraufzubeschwören. Es hat uns Mühe gekostet zu antworten, es mußte aber geschehen zur Steiner der Wahrheit. Sie können für uns, die „Freie Bürgervereinigung“ keine bessere Propaganda machen, als wenn in diesem Tone fortgeführt wird und zu ver-gewaltigen und anzurempeln.

Der Wahlausschuß der „Freien Bürgervereinigung“
gegründet 1910.

An alle wahlberechtigten Einwohner in Stadt und Land!

Am Sonntag, den 19. November sollen für die nächsten 4 Jahre neue Vertreter in den Bezirksrat, die Kreisversammlung und die Bürgerausschüsse gewählt werden. Diese Wahl ist ein wichtiger staatsbürgerlicher Akt. Daran mitzuwirken ist Ehrenpflicht aller wahlberechtigten Männer und Frauen.

Sechs Wahlvorschläge liegen für die Stadt Durlach vor. Die Liste der Deutschen demokratischen Partei enthält Vertreter aller Berufsgruppen und Erwerbszweige und zwar: 9 Gewerbe- und Handeltreibende, 7 Beamte und Angestellte, 7 Arbeitnehmer, 3 Landwirte, 3 Angehörige der freien Berufe, 3 Industrielle, 1 Hausfrau, 1 Beiratmann. Durch die Wahl der von uns vorgeschlagenen Kandidaten wird, wie wir glauben, dem Wohl der Gemeinde am besten gedient. Wir wollen nicht die Interessen einzelner Gruppen einseitig fördern oder benachteiligen, die Rücksicht auf das Allgemeinwohl, d. h. auf das Wohlergehen aller in der Gemeinde vertretenen Berufs- u. Wirtschaftspruppen ist Leitster unserer Gemeindepolitik.

Träger des gemeindepolitischen Lebens dürfen nicht bestimmte wirtschaftliche Organisationen, sondern dies können nur politische Gruppen sein und nur solche, die nicht als Klassenparteien erscheinen, sondern das allgemeine Wohl der Gemeinde vor die Erfüllung einseitiger Interessenwünsche setzen. Den Bestrebungen der sog. parteipolitisch neutralen Organisationen (Bürgervereinigungen, wirtschaftliche Vereinigungen, Landbund etc.) stellen wir den Satz entgegen: Der lediglich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten orientierte Interessentkampf, der das Wohl der Allgemeinheit aus dem Auge läßt, bedeutet den Kampf aller gegen alle und führt letzten Endes zu einer Auflösung jeden Gemeinschaftsgefühls und schließlich der Gemeinschaft selbst. Das wirtschaftliche Interesse scheidet und trennt, das Interesse der Allgemeinheit einigt und versöhnt. Die Deutsche demokratische Partei tritt wie in Reich und Land so auch in der Gemeinde für eine

Politik der Versöhnung und des Ausgleichs
ein. Weder der Radikalismus von links noch der von rechts können Träger einer solchen Politik sein. Radikalismus bedeutet immer Kampf.

Ziel und Wesen der Demokratie ist Frieden.

Zwischen den beiden Extremen von rechts und links hat die demokratische Partei seit der Revolution in der Kommunalverwaltung als

Block der Mitte
unter schwierigen Verhältnissen gearbeitet. Wenn manches nicht erreicht wurde, was vom Standpunkt des Bürgertums aus erwünscht gewesen wäre, so liegt das daran, daß wir uns mit unserer Vertreterzahl vielfach nicht durchsetzen konnten.

In der Gemeindeverfassung verlangen wir Aufrechterhaltung und Ausbau der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung der Gemeinde, eingeschränkt nur insoweit, als das Interesse des Staates oder das der Gemeinde selbst dies erheischt.

In der Gemeindeverwaltung gesunde Mischung von Berufsbeamtentum und Ehrenamt, Einföhrung einer übersichtlichen Gemeindeführung und Vermögensdarstellung, keine Ueberlastung des Grund und Boden, des Hausbesitzes und des gewerblichen Vermögens. Rückkehr zur alten Sparsamkeit und Einfachheit. Nie wird ein Demokrat eine Ausgabe für die Gemeinde bewilligen, die er als sorgfamer Hausvater in seiner eigenen Wirtschaft für entbehrlich halten würde. Die planlose Geldausgabe muß aufhören.

Der Ausbau der den Gemeinden verbliebenen Steuern hat in einem sozial ausgeglichenen System zu erfolgen unter strenger Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Steuerträger und unter sorgfältiger Prüfung der wirtschaftlichen Berechtigung und Wirkung der einzelnen Steuer.

In der Gemeindegewirtschaft treten wir weiter ein für: Beteiligung an gemischtwirtschaftlichen Betrieben unter Bahrung des Einflusses und Interesses der Gemeinde. Uebernahme monopolartiger Unternehmungen in Gemeindebetrieb. Beschränkung der Wohnabgabe auf Wohnbauten. Kommunalisierung nur da, wo zweifellos ein Vorteil für die Gemeindegewirtschaft erkennbar. Keine Unterbindung der freien Entwicklung von Gewerbe und Handel durch zwangsweise Formen kommunaler Gemeindegewirtschaft. Eigenwirtschaft und Privateigentum ist die Grundlage jeden wirtschaftlichen und kulturellen Aufstiegs. Daher lehnen wir grundsätzlich eine Kommunalisierung des Handwerks, der Lebensmittelgewerbe und der Landwirtschaft ab, befürworten aber ausgleichende, fördernde und überwachende Tätigkeit der kommunalen Verwaltung auf dem Gebiet der Volksversorgung.

Demokratie ist wirtschaftliche Gerechtigkeit und Ordnung. Sie wird niemanden verletzen, weil sie gegen alle gerecht sein will.

Darum wählt am 19. Nov. die Liste der Deutschen demokr. Partei.

Verloren am Dienstag nachmittag von einem Lehrling vom Güterbahnhof. Handtasche 76 ein 500 Pf. Inhalt: Geld, gute Pelonung, abzugeben im Zigarren-Geschäft Handtasche 76

Samstag auf dem Wochenmarkt Verkauf von Geese (Kackel im Ausschmitt) Weltin

Gänselebern
werden angeliefert Wirtschaftstraße 12.

Unterh. Schrank
zu verkaufen gesucht. Angebots unter Nr. 697 an den Verkaufer

Zu verkaufen
1 Bettstelle mit Kopfteil Nr. 1, 1. St.

reserviert.
Herrn Klenerl z. „Adler“

Zu verkaufen
1 Wagen, fast neu. Wilhelmsstr. 1, 3. St. 1

1 Wagen Düng
ist abgegeben. Rosenstraße 2

kräftige u. Schw. gibt meine Vieh-Ernährer-Dr. Ernst

Hander möbliert ev. anlarde eb. Bett, r gut Holz u. Kochg., in guter Lage zu neu ge. Angeb. n. 698 an den Verlag.

Wolfshund
Stamm, scharf u. bi zu kaufen gesucht. Gebote unter Nr. 691 dem Verlag

Husten, Keiser
kollt u prompt Dr. Bullohe entropfen. Zu haben bei t Bauer, Adler-Drogerie.

Mitbürger und Mitbürgerinnen!

Mit der Parole
Friede! Freiheit! Brot!

wurde vor 4 Jahren der furchtbare Weltkrieg zu Ende gebracht. Seither wurden zum Wiederaufbau des Vaterlandes und der deutschen Wirtschaft verschiedenerlei Versuche unternommen. Inwieweit die damaligen Versprechungen sich erfüllten, mag an den heutigen Zuständen erkannt werden. Jedenfalls ist der **Wilderwurm**, bei dem in sinnloser Zerstörungswut wertvolle historische Gemälde vernichtet wurden, eine lebendige Illustration dazu.

Auf dem wichtigsten Gebiete der inneren Politik, der Steuerpolitik, sind durch die **Erzberger'sche Steuerreform** Änderungen von grundlegender Bedeutung vorgenommen worden. Die erträglichsten Steuerquellen hat das Reich den Ländern und Gemeinden weggenommen. Länder und Gemeinden sind daher zu Bettlern geworden. Sie können ihren kulturellen und sozialen Aufgaben nur noch in bescheidenem Maße nachkommen. Obwohl Länder und Gemeinden gegen die **versehrte Steuerpolitik** des Reiches ankämpfen, findet dieses offenbar nicht mehr den Mut zu grundlegenden Änderungen. Die Beteiligung der Gemeinden am Ertrag der Einkommensteuer ist eine gänzlich ungenügende. Es muß dahin gewirkt werden, daß die Steuerhoheit zu einem erheblichen Teil wieder den Gemeinden gegeben wird. Infolge der unzulänglichen Besteuerungsrechte der Gemeinden fällt die ganze Schwere der gemeindlichen Ausgaben in der Hauptsache auf den Grund- und Hausbesitz und das Betriebsvermögen. **Weite Kreise des Hausbesitzes können die geforderten Abgaben kaum noch ertragen.** Die Stadtverwaltung und mit ihr die ausschlaggebende und daher verantwortliche Bürgerauschlußmehrheit, die Sozialdemokratie, hat zudem die gebotene **Sparsamkeit oft vermiffen lassen.** Vielfach wurden Ausgaben bewilligt, für die die erforderliche Deckung nicht vorhanden war und die das Maß des Gebotenen überstiegen.

Bei den Gemeindevahlen im Jahre 1919 hatte die rechtsstehende Fraktion in ihr Programm aufgenommen:

- Erhaltung der Bürgerrechte,**
- Schutz von Gewerbe, Handwerk und Landwirtschaft,**
- Ablehnung der Sozialisierung,**
- Gerechte Verteilung der Lasten,**
- Sparsamkeit im Gemeindehaushalt,**
- Wohnungsfürsorge, Jugendfürsorge,**
- Ausbau des städtischen Schulwesens.**

Dieses Programm wurde nachdrücklich vertreten.

Für die Erhaltung der Bürgerrechte, die in erster Linie Sache der Gesetzgebung ist, ist insbesondere die Deutschnationale Partei in der Sitzung des Landtags vom 15. Septbr. 1921 sehr entschieden eingetreten. Es wurde erklärt, daß es die Partei grundsätzlich für richtig gehalten hätte, nicht eine Tendenz einzuschlagen, die letzten Endes auf die Beseitigung des Bürgergenusses ausgeht, sondern darnach zu streben, daß Möglichkeiten geschaffen würden, die die noch nicht zum Genuß Berechtigten leichter in den Bürgergenuß hätten hineinwachsen lassen. Die Deutschnationale Volkspartei hat auch im Landtag einen Antrag eingebracht, die Abschaffung des Bürgergenusses

erst in Gemeinden mit 20000 Einwohnern zu erleichtern gegenüber dem Regierungsentwurf, der die Erleichterung der Abschaffung schon in Gemeinden mit 10000 Einwohnern vorsah.

Der **Schutz von Gewerbe, Handwerk und Landwirtschaft** war unser stetes Bemühen. Wir sind ganz entschieden gegen die Uebernahme von gewerblichen Betrieben in die Regie der Gemeinde, wie dies von der Sozialdemokratie da und dort verlangt wurde. Wir sind auch gegen die Weiterführung der im Grunde genommen unrentablen städtischen Gutswirtschaft.

Nach wie vor treten wir ein für **gerechte Verteilung der Abgaben.** Solange nicht die Steuerhoheit der Gemeinden auf die Einkommensteuer ausgedehnt wird, haben weite Kreise der Bevölkerung kein erhebliches Interesse an der Höhe der Gemeindeumlage.

Der **Wohnungsnot** muß gesteuert werden. Es muß mehr als bisher versucht werden, an Stelle der öffentlichen Bautätigkeit die private Bautätigkeit zu ermöglichen.

Die **Jugend-, Alters- und Kleinrentnerfürsorge** findet unsere volle Unterstützung. Doch muß gegen unberechtigte Ausnutzung dieser Einrichtungen Front gemacht werden.

Es wird unser Bestreben sein, das **Schulwesen** wenigstens auf dem heutigen Stand zu erhalten. Die Fortbildungsschule, sowohl die gewerbliche als auch die land- und hauswirtschaftliche, muß weitgehend gefördert werden, besonders auch nach der religiös-sittlichen Seite hin.

Wir treten ein für eine **gerechte Befoldung der Beamten, Angestellten und Arbeiter.** Unbilligen Ueberforderungen werden wir entgegenzutreten. Neujährliche Sparsamkeit an Personal und sachlichem Aufwand ist anzustreben.

In Vorstehendem haben wir in Kürze die Richtlinien für die Betätigung unserer Vereinigung gezeichnet. Wir erstreben den Zusammenschluß aller bürgerlichen Kreise zu einer bürgerlichen Einheitsfront.

Das Wohl der Stadt und ihrer Einwohner soll unser vornehmstes Ziel sein.

Mitbürger und Mitbürgerinnen!

Die unterzeichneten Parteien und Wirtschaftsgruppen haben sich auf dem Boden dieses Programmes sowohl für die Gemeindevahlen als auch für die Bezirksrats- und Kreiswahlen zusammengeschlossen. Sie werden eine gemeinsame Fraktion bilden. An Euch Wähler liegt es nun, der Sache des Bürgertums zum Sieg zu verhelfen. Darum wählt unsere Listen, welche beginnen:

- für die Stadtverordneten** mit dem Namen **Kleiber Friedrich, Handelsgärtner**
- für die Bezirksräte** mit dem Namen **Jäger Christian, Wagnermeister, Weingarten**
- für die Kreisabgeordneten** mit dem Namen **Eckardt Heinrich, Gutspächter, Durlach.**

Wer zu Hause bleibt, unterstützt die Sache unserer Gegner.

Durlach, im November 1922.

- Deutschnat. Volkspartei:** Meßler, Ddenwald.
- Deutschlib. Volkspartei:** Rauls, Dr. Engler.
- Landbund:** Zoller, Maul.
- Für die freien Wirtsch.-Gruppen:** Höfel, König, Bäckerstr.

Dahsen- u. Rindfleisch 220.—
Junges Kuhfleisch 160.—
Hackfleisch 240.—
Kalbfleisch 280.—

empfehlen
Karl Knecht
 Metzgerei, Kelterstraße 10.

II. Qualität Rindfleisch
prima Kalbfleisch
Schweinefleisch
und Hackfleisch

empfehlen
Jakob Morlok, Metzgerei,
 Ecke Kronen- und Spitalstraße.

Tafelobst
 wird noch morgen früh 8 Uhr an am Güterbahnhof abgegeben
Frau König.
Prima Tafel-Obst
 sowie
Kartoffeln und Gelberüben
 sind fortwährend zu haben bei
Furrer, Jägerstr. 12.

Danksagung.

Herzlichen Dank allen, die unsere liebe Tante

Katharine Jehm

zur letzten Ruhestätte begleitet, der barmh. Schwester Josna und denep, die sie mit Liebesgaben erfreuten.

Durlach, den 16. Nov. 1922.

Namens der trauernden Hinterbliebenen:

Familie Kramer.

Einladung.

Am Sonntag, den 19. 11. 22, abends 7 Uhr, findet im **Saßhaus zur Blume** das

Stiftungsfest des Rath. Kirchengesangsvereins St. Cäcilia

statt. Zur Ausführung kommt:

„Das Lied von der Glocke“.

Eintrittskarten sind bei Herrn Kaufmann Schürer, Sophienstr., und bei Frau Steiger, Hauptstr., zu haben.

Der Reinerlös wird zu Gunsten der Altershilfe und zu Weihnachtsgaben für arme Kinder verwendet.

Saalöffnung 7 1/2 Uhr.

Hierzu ladet freundlich ein **Der Vorstand.**

T.-C. „Suevia“ Karlsruhe

Geogr. 1908.

Sonntag, den 19. ds. Mts. ab 4 Uhr nachmittags im **Saßhaus zum Baum** in Durlach, Lammstraße

Tanz-Unterhaltung,

wozu unsere Mitglieder sowie Freunde und Gönner des Vereins freundlichst einladet **Der Vorstand**



1902, e. B.

Sonntag, den 18. Nov., abends 8 Uhr

Zusammenkunft

in der Sparsachen Weinstube. Der Vorstand.

Tennisclub Durlach e. V.

Jch lade die Mitglieder zu der am Sonntag, 20. Nov., abends 7 1/2 Uhr, im „Reisimmer“ stattfindenden a. o. Mitglieder-Versammlung ein. Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand

Der Vorstand